

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 27.9.2005**  
**Antragsnr.: 175/2005**  
**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**  
**Zust. Referat: I/40 Linder**  
**mit Referat: II/20**

 **SPD**  
**Fraktion**  
**im Stadtrat**  
**Erlangen**  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus  
1. Stock, Zimmer 108 und 109  
Telefon 0 91 31 / 86 22 25  
Telefax 0 91 31 / 86 21 81  
e-mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

Erlangen, den 27. September 2005

**Dringlichkeitsantrag für den Stadtrat am 29.9.05**

**Büchergeld**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
in den letzten Jahren gab es in der Schulstadt Erlangen über alle Fraktionen hinweg und in der Verwaltung einen Konsens darüber, dass in der Schulpolitik das Wohl der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt zu stehen habe und deshalb wichtige Entscheidungen in diesem Bereich unter Einbeziehung der am Schulleben Beteiligten zu treffen sind. Deshalb war es gängige Praxis, Elternvertreterinnen und –vertreter, Schulleiter und Personalvertretungen vor Entscheidungen zu hören und ihre --abzufragen. Auf Antrag der SPD und nach Zustimmung aller Schulausschussmitglieder sicherte Schulreferent Lohwasser in der Schulausschusssitzung vom 14.7.05 zu, auch bei der Einführung des Büchergeldes so zu verfahren. An diese Zusage hat sich der Schulreferent jedoch nicht gehalten: Zu einer Informationsveranstaltung am Freitag, den 16.9.05 wurden nur einige wenige Elternvertreterinnen und –vertreter geladen. Dabei sahen sie sich mit einer fertigen Vorlage konfrontiert. Diese wurde mittlerweile auch den Schulleiterinnen und Schulleitern zugesandt, die sogar erst am 18.10.05 zu einer Informationsveranstaltung geladen sind.

Wir beantragen eine Stellungnahme des Schulreferenten zu dieser Vorgehensweise.



Hinsichtlich der Umsetzung des Büchergelderlasses beantragen wir weiterhin folgende Punkte:

1. Nach der derzeit geplanten Regelung sollen die Kontrollen der abgegebenen Gelder und Unterlagen zu Befreiungsanträgen in den Schulen geleistet werden. Dies lässt sich unseres Erachtens nicht mit den Erfordernissen des Datenschutzes vereinbaren. Wir fordern daher die Verwaltung auf, eine geeignete andere Lösung vorzulegen, die dem Datenschutz Rechnung trägt.
2. Weiterhin möchten wir von der Verwaltung wissen, wie sicherzustellen ist, dass das Wissen darüber, wie viele soziale Härtefälle an der jeweiligen Schule vorliegen, nicht in die Öffentlichkeit gelangen kann. Dies ist wichtig, um eine Stigmatisierung einzelner Schulen und deren Einzugsgebiet v.a. im Grundschulbereich zu vermeiden.
3. Der finanzielle Ausgleich zwischen Schulen mit vielen bzw. wenigen Befreiungsanträgen muss gewährleistet sein. Dazu sollen nach Eingang der Büchergeldzahlungen von der Verwaltung konkrete Zahlen und Ausgleichsvorschläge vorgelegt werden, die in einer nicht öffentlichen Sitzung des Schulausschusses beraten werden.
4. Die Einführung des Büchergeldes darf in keinem Fall dazu führen, dass eine Schule finanziell schlechter ausgestattet ist als mit der alten Regelung. Sollte dies eintreffen, so muss der Schule der Differenzbetrag zu der Summe zukommen, die sie im letzten Jahr vom Sachaufwandsträger für Lernmittel überwiesen bekam.
5. Wir beantragen weiterhin, dass das eingesparte Geld als zusätzliche Haushaltsmittel für die Schulen verwendet wird. Um einen Anhaltspunkt zu bekommen, wie hoch diese Summe sein könnte, bitten wir das Schulverwaltungsamt um die Beantwortung folgender Zusatzfragen:

- a) Wie hoch waren die Aufwendungen für Lernmittel (Gruppierungen 5770 und 5780) für alle Erlanger Schulen insgesamt im letzten Jahr?
  - b) Wie hoch war die Rückerstattung durch den Freistaat?
  - c) Welchen Betrag musste die Stadt Erlangen letztlich selbst aufbringen?
  - d) Welchen Betrag wird die Stadt Erlangen nach der neuen Regelung aufbringen müssen?
6. Der bürokratische Aufwand, der mit der Einführung des Büchergeldes verbunden ist, ist immens und steht den öffentlichen Forderungen der Staatsregierung nach Bürokratieabbau diametral entgegen. Wir beantragen nach Abschluss der ersten Einsammelrunde, also noch vor Dezember diesen Jahres, eine Kosten-Nutzen-Rechnung, in der auch die Mehrarbeit der Schulen berücksichtigt wird. Schulleitungen und Personalvertretungen der verschiedenen Schularten sollen im Schulausschuss über ihre Erfahrungen berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Niclas  
Fraktionsvorsitzende

Felizitas Traub-Eichhorn  
Stadträtin

Harald Krebs  
Schulpol. Sprecher

Barbara Pfister  
Stadträtin

Wolfgang Vogel, MdL  
Stadtrat